

Mehr Osnabrücker Land!

Kommunalwahlprogramm
für den Landkreis Osnabrück



Kreisverband Osnabrück

1 | Leben im Landkreis Osnabrück

1.1 Familie	4
1.2 Kinder und Jugendliche	4
1.3 Familie und Beruf	4
1.4 Unterstützung Alleinerziehender	4
1.5 Wohnungspolitik	4-5
1.6 Senioren	5-6
1.7 Zuwanderung und Asyl	6
1.8 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6-7

2 | Bildung im Landkreis Osnabrück

2.1 In Schulen investieren	8
2.2 Förderschulen erhalten	8
2.3 Berufsorientierung verbessern	8

3 | Ehrenamt, Sport und Kultur

3.1 Ehrenamt	8
3.2 Sport	9
3.3 Kultur	9
3.4 Tourismus	9-10

4 | Verwalten im Landkreis Osnabrück

4.1 Moderne Verwaltung	10
4.2 Finanzen	10
4.3 Ansiedelung von Unternehmen	10
4.4 Bürokratieabbau	10
4.5 Kreishaussanierung	10-11

5 | Mobilität im Landkreis Osnabrück

5.1 Straßen	11
5.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	11
5.3 Schienenwege und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)	11-12
5.4 Schülerbeförderung	12
5.5 Breitbandausbau	12
5.6 Mobilfunkversorgung	12-13

6 | Schöpfung bewahren im Landkreis Osnabrück

6.1 Umwelt-, Klima-, Wasserschutz	13
6.2 Energie	13
6.3 Landwirtschaft	13
6.4 Natur- und Landschaftsschutz	14
6.5 Verbraucherschutz	14
6.6 Abfallentsorgung	14-15

7 | Kooperieren mit dem Landkreis Osnabrück

15

Präambel

Deutschland braucht Mut. Die Region Osnabrück braucht Mut. Alternative für Deutschland.

Verehrte Wählerin,
Verehrter Wähler,

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine Bürgerbewegung engagierter und verantwortungsbewusster Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Auf allen politischen Ebenen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen – setzen wir uns dafür ein, Fehlentwicklungen zu korrigieren und Politik wieder stärker an den Interessen der Bürger auszurichten.

Wir stehen für eine Politik, die alle Menschen anspricht, die sich zur deutschen Kultur und Lebensweise bekennen und grundlegende Werte wie Geradlinigkeit, Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein teilen.

Der Landkreis Osnabrück ist eine geschichtsträchtige Region mit großer Bedeutung für Deutschland und Europa. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648, geschlossen in Osnabrück und Münster, wurde ein Grundstein für eine langfristige Friedensordnung in Europa gelegt. Dieses historische Erbe verpflichtet uns auch heute zu verantwortungsvollem politischen Handeln.

Der Landkreis Osnabrück war lange ein Beispiel für wirtschaftliche Stärke und nahezu Vollbeschäftigung – noch im April 2019 lag die Arbeitslosenquote bei lediglich 2,9 %. Heute zeigt sich ein verändertes Bild: Trotz weiterhin starker Branchen stehen viele Unternehmen unter wachsendem Druck, Insolvenzen nehmen zu und die Arbeitslosenquote ist auf rund 5 % gestiegen.

An diese wirtschaftliche Stärke wollen wir anknüpfen und verloren gegangenes Wachstum zurückgewinnen. Die AfD steht für eine Politik, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Familien und der heimischen Wirtschaft konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region zu stärken, Unternehmen zu entlasten und wieder für mehr sichere Arbeitsplätze zu sorgen – pragmatisch, lösungsorientiert und mit klarem Fokus auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort.

**Unterstützen Sie uns.
Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land und Osnabrück zu Ihrer Region.
Dieses Programm gilt zur programmatischen Neuausrichtung
der AfD Osnabrück (Landkreis).**

1.1 Familie

Die Familie ist gemäß Art. 6 des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft, um die sich alle weiteren Gesellschaftsbereiche entwickeln. Daher muss eine gestaltende Politik im Zentrum in der Familienpolitik finden. Diese muss stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden.

Die Familie ist als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt.

Die AfD Osnabrück setzt sich dafür ein, dass sämtliche Handlungen auf den Ebenen der Kommune, des Landes und des Bundes auf Auswirkungen und Verträglichkeit gegenüber Familie überprüft wird und bei der Umsetzung entsprechend Berücksichtigung findet.

1.2 Kinder und Jugendliche

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Kindergärten und Kindertagesstätten unterstützen und fördern das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend aber zielgerichtet an die Schule heran und ermöglichen damit einen ersten Schritt der Bildungschancen. Daher fordert die AfD, dass der Besuch Kindergärten und Kindertagesstätten für alle kostenlos ist.

Die AfD setzt sich gleichzeitig dafür ein, dass Eltern frei zwischen einer Kinderbetreuung im Elternhaus oder einer Kindertagesstätte wählen können. Nur diese Wahlfreiheit garantiert Familien, die für sie optimalste Kinderbetreuung sicherzustellen.

1.3 Familie und Beruf

Die AfD Osnabrück setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Generell müssen

Arbeitsbedingungen familienfreundlich werden. Dazu müssen insbesondere auch in ländlichen Regionen und Dörfern Arbeitsplätze geschaffen und gehalten werden.

1.4 Unterstützung Alleinerziehender

Rund 17 Prozent der 13 Millionen Kinder unter 18 Jahren in Deutschland leben in Alleinerziehenden-Haushalten. In etwa neun von zehn Fällen ist der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Diese Familien tragen eine besonders hohe Verantwortung im Alltag und stehen zugleich häufig unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Noch immer ist ein großer Teil dieser Haushalte auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Auch im Landkreis Osnabrück zeigt sich insgesamt ein wachsender Bedarf an sozialen Leistungen. So ist beispielsweise die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und lag Ende 2025 bei über 4.300 Personen. Dies verdeutlicht, dass soziale Herausforderungen zunehmen und gezielte Unterstützung notwendig ist.

Die AfD Osnabrück fordert daher eine stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden, insbesondere durch bessere Rahmenbedingungen für die Integration in den Arbeitsmarkt, verlässliche Kinderbetreuung sowie die gezielte Entlastung von Familien, damit Erwerbstätigkeit und Familienleben besser miteinander vereinbar sind.

1.5 Wohnungspolitik

Im Landkreis Osnabrück ist in den vergangenen Jahren ein Anstieg der Empfänger sozialer Leistungen nach dem SGB XII zu verzeichnen. So ist insbesondere die Zahl der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit 2020 deutlich gestiegen und lag Ende 2025 bei über 4.300 Personen. Diese Entwicklung folgt einem bundesweiten Trend und ist unter anderem auf demografische Veränderungen, steigende Lebenshaltungskosten sowie

besondere Sondereffekte zurückzuführen. Gleichzeitig besteht im Landkreis ein erheblicher Bedarf an zusätzlichem Wohnraum. Nach dem aktuellen Wohnraumversorgungskonzept wird bis zum Jahr 2035 ein jährlicher Neubaubedarf von rund 1.200 Wohnungen prognostiziert, ergänzt durch einen Ersatzbedarf von etwa 250 Wohnungen pro Jahr. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum variiert dabei stark zwischen den Kommunen und muss differenziert betrachtet werden.

Die Alternative für Deutschland Osnabrück setzt sich dafür ein, den sozialen Wohnungsbau gezielt zu stärken und vorhandenen Wohnraum effizient zu nutzen. Bei der Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum sollen soziale Kriterien, insbesondere Bedürftigkeit und Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts, stärker berücksichtigt werden. Ziel ist es, insbesondere einkommensschwache Haushalte, Familien sowie langjährig in der Region lebende Menschen zu unterstützen.

Zugleich sprechen wir uns dafür aus, die soziale Balance in den Kommunen zu wahren. Die Verteilung von gefördertem Wohnraum und Unterbringungseinrichtungen soll ausgewogen erfolgen und die Aufnahmefähigkeit der jeweiligen Kommune berücksichtigen. Transparente Verfahren und eine frühzeitige Information sowie Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei größeren Infrastrukturmaßnahmen – einschließlich der Planung von Unterkünften – sind aus unserer Sicht wichtige Voraussetzungen für Akzeptanz und Zusammenhalt vor Ort.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die die Interessen der dort bereits ansässigen einheimischen Bevölkerung in den Vordergrund stellt, auch hinsichtlich der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

- ➔ Die Beibehaltung der Wohnheim-Unterbringung der Asylbewerber bis zum Abschluss der zu beschleunigenden Asylverfahren.

- ➔ Eine gesteuerte Eingliederung von Migranten in die kreiszugehörigen Kommunen nach Maßgabe sozialer Aufnahmekriterien.

- ➔ Der Landkreis Osnabrück trägt dafür Sorge, dass abgelehnte Asylbewerber zügig und konsequent abgeschoben werden, damit Wohnraum frei wird.

- ➔ Bereitstellung städtischer Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien und Senioren.

- ➔ Nachverdichtung freier Flächen innerorts sowie Förderung der Aufstockung von Wohneinheiten.

- ➔ Keine enteignungsgleichen Eingriffe der öffentlichen Hand gegenüber den Wohnungs- und Hauseigentümern, um Ihnen das Nutzungsrecht zu entziehen und es dann den Migranten und Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen.

- ➔ Einbindung der Anwohner in Bauvorhaben.

1.6 Senioren

Ogleich der materiellen Situation eines großen Teils der Senioren auch im Raum Osnabrück überwiegend gut ist, viele ältere Menschen aktiv und selbstbestimmt ins soziale Miteinander eingebunden sind, zeichnen sich vielfach gravierende Fehlentwicklungen ab. Wenn Menschen in Pflegesituationen geraten, sind die einem frühkapitalistischen Wettbewerbsmarkt ausgeliefert.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Ausweitung von Maßnahmen, mit denen die Sicherheit gerade älterer Menschen im öffentlichen Raum und im ÖPNV erhöht wird.

➡ Stärkung von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilnahme von Senioren am kommunalen Leben etwa durch Ausbau von Wohngemeinschaften für Senioren und Mehrgenerationenhäusern.

➡ Schaffung einer kommunal finanzierten Pflegeüberleitung nach Vorbild des „Konzept Pflegeüberleitung München“.

1.7 Zuwanderung und Asyl

Die anhaltende Zuwanderung sowie die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen stellen die Kommunen im Landkreis Osnabrück weiterhin vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen.

Zum Stichtag 31.12.2025 hielten sich im Landkreis 325 ausreisepflichtige Personen auf, davon der überwiegende Teil mit Duldung. Zudem befinden sich derzeit 172 unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in der Zuständigkeit des Landkreises.

Der durchschnittliche Aufwand pro UMA lag zuletzt bei rund 5.750 Euro monatlich. Diese Kosten werden zwar grundsätzlich vom Land Niedersachsen erstattet, führen jedoch zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand sowie zu strukturellen Belastungen in den Kommunen, insbesondere im Bereich der Unterbringung, Betreuung und Integration.

Die Alternative für Deutschland im Landkreis Osnabrück setzt sich daher für eine Begrenzung der Zuwanderung im Rahmen der geltenden gesetzlichen Möglichkeiten sowie für eine konsequente Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten ein. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Kommunen finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass bestehende Aufgaben bewältigt werden können, ohne die soziale Balance vor Ort zu gefährden.

Die AfD Osnabrück möchte diese Missstände beenden und fordert:

➡ Obligatorische Altersuntersuchungen.

➡ Den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit.

➡ Die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, damit alle Behörden übergreifend kürzester Zeit feststellen können, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Personalien registriert ist.

➡ Zügige und effiziente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

1.8 Sicherheit

Die Anzahl von Wohnungseinbrüchen im Landkreis Osnabrück sind rückläufig, trotzdem ist und bleibt die Aufklärungsquote gering. Die Hälfte der Einbrüche ist als Folge der offenen Grenzen organisierten Banden aus Süd-Ost-Europa zuzurechnen, deren Verfolgung besonders schwierig ist. Die Summe aller Straftaten beeinträchtigt die Sicherheit und das Lebensgefühl der Menschen. Um die Sicherheit der Bürger zu verbessern, brauchen wir eine größere Präsenz sowohl der Polizei als auch des kommunalen Ordnungsdienstes.

2 Bildung

Bildung ist unser höchstes Gut. In ihr spiegelt sich unsere Kultur, sie gibt uns Identität und ist die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolgs wie auch des Ansehens, das unsere Wirtschaft Wissenschaft in der Welt genießt. Darauf können wir stolz sein, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, denn unser Bildungssystem ist akut bedroht.

Das Leistungsniveau sinkt schon seit Jahrzehnten auf allen Ebenen, ideologische Experimente zehren an der Substanz, und im Namen der Internationalisierung wird unser einst von Freiheit geprägtes Bildungswesen in ein bürokratisches Korsett gezwungen. Hinzu kommt, dass sich föderale Strukturen gegenseitig blockieren. Bildung ist Sache der Länder, die Kindergärten sind Sache der Kommunen.

Durch fehlende klare und einfache Kriterien bei der Leistungsbewertung spielen das Ansehen und der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg oft eine größere Rolle als die Begabung des Kindes.

Unsere Bildungspolitik will all diesen Missständen durch einen Kraftakt abhelfen und dem deutschen Bildungswesen wieder zu alter Stärke verhelfen. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip, zum Humboldt'schen Bildungsideal und zum unverwechselbaren Charakter unseres Bildungssystems. Es darf nicht nur Fakten- und technisches Wissen vermitteln, es muss auch eine Förderung der sozialen Kompetenz erfolgen, es muss auch Sinn stiften, zu Tugenden wie Fleiß und Disziplin erziehen und dafür sorgen, dass junge Menschen wieder bereit sind, hart an sich zu arbeiten.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

➔ Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt nicht, dass möglichst viele mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen auszustatten sind; Chancengleichheit heißt, dass jeder, der über die notwendige Begabung verfügt, die gleiche Chance hat, einen Bildungsabschluss zu erwerben. Chancengleichheit bedeutet auch, dass wir bundesweit zum dreigliedrigen Schulsystem mit einer starken Hauptschule zurückkehren müssen und die Abschlussprüfungen bundesweit einheitlich sind, sodass die schon seit Jahren andauernde Ungerechtigkeit, dass etwa ein Bremer

Abiturient mit seinem Wissen ca. 3 Jahre hinter einem bayerischen zurückliegt, endlich aufhört.

➔ Leistungsorientierung und Differenzierung sind wichtige Bestandteile eines schulischen Bildungswesens. Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen sind insgesamt bewährte Bestandteile des gegliederten Schulsystems mit hoher Wertschätzung. Die AfD fordert den Erhalt des gegliederten Schulsystems und unterstützt einen sinnvollen Ausbau des Grundschulangebotes durch Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und Sportförderung.

➔ Die AfD Osnabrück begrüßt die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren als Gestaltungschance für unsere Gymnasien. Die von der rot-grünen Landesregierung in diesem Zusammenhang derzeit betriebene Absenkung der Qualitätsniveaus lehnen wir ab (nur noch eine Klausur pro Fach pro Halbjahr u.a.).

➔ Das Beherrschen der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Integration in das Schul- und Bildungssystem. Die AfD fordert daher, dass schulpflichtige Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen verpflichtend zum Erwerb der deutschen Sprache geschult werden, um deren Integration zu erleichtern und den Lernerfolg möglichst aller Schüler zu ermöglichen. Wir fordern auch den Erhalt der Schreifschrift und damit einen moderaten Umgang mit digitalen Medien im Lernprozess (Powerpoint-Präsentationen u.a.).

➔ Wir fordern die konsequente Förderung und Talentsuche für Schüler, sowie die Förderung und Ausbildung entsprechender Lehrer.

2.1 In Schulen investieren

Während der Landkreis Osnabrück Millionen Euro für die Unterbringung von Asylbewerbern ausgibt, zerfällt die Bildungsinfrastruktur in der Region.

Schuldirektoren, Eltern und die Opposition beklagen einen massiven Sanierungsstau an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises und den Samtgemeinden: Einsturzgefährdete Gebäudeteile, uralte Toiletten, zu wenig Räume, wobei alle wissen, dass die Lernumgebung das Lernen maßgeblich mit bestimmt.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

➔ Investitionen in die Sanierung der 40 bis 50 Jahre alten Gebäude sind vorrangig durchzuführen.

2.2 Förderschulen erhalten

Kinder mit Lernschwierigkeiten und sonstigem Förderbedarf benötigen eine besondere Betreuung, um sich optimal entwickeln zu können. Dies ist nur in einer speziellen Fördereinrichtung möglich.

Wollte man Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Förderbedarf in einer gewöhnlichen Schule, betreiben, müsste man die Schülerzahlen je Lehrkraft stark senken, die Fachlehrerzahl stark erhöhen und die Weiterbildung von Nicht-fachlehrern deutlich ausbauen. Dies ist unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar. Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab.

2.3 Berufsorientierung verbessern

Die steigenden Abbrecherquoten in der Ausbildung sind unter anderem auf eine unzureichende oder nicht zielgerichtete Information der Interessenten zurückzuführen. Deshalb fordern wir

einen deutlichen Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen, die der dualen Ausbildung vorgeschaltet sind, wie etwa Schnupperpraktika, Betriebsvisiten und individuelle Beratung durch die Arbeitsagentur. Danach können die Jugendlichen viel besser einschätzen, welchen Beruf sie wählen möchten.

3 Ehrenamt, Sport und Kultur

Der Landkreis Osnabrück gehört zu den Kultur- und Naherholungsgebieten Deutschlands. Insbesondere die Kultur ist die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt. Für die AfD Osnabrück ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

3.1 Ehrenamt

Freiwillige Feuerwehren, Vereine und Initiativen sollen als maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft vor allem im ländlichen Raum über das bisherige Maß hinaus gestärkt werden. Sie sind ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinden. Dabei geht es nicht allein um direkte Finanzzuweisungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern um die Einführung von abgestuften Belohnungssystemen für ehrenamtliches Engagement. Soweit dieses Engagement durch bürokratische Hürden behindert wird, sind Vereinfachungen zu prüfen.

Die AfD Osnabrück erkennt auch ehrenamtliche politische Tätigkeit in besonderem Maße an und stellt sich voll hinter die Forderung des Städte- und Gemeindebundes, dass für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger keine Sozialabgaben zu entrichten sind.

3.2 Sport

Viele Menschen leiden in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen Folgeschäden nach sich zieht. Sport wirkt dem entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Gerade auch für den Zusammenhalt unter Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln sind Mannschaftssportarten ideal geeignet, um eine Integration zu ermöglichen. Nichts eint so sehr wie gemeinsame Aufgaben und Ziele!

Die Kompetenzen der Kommunalpolitik im Sportbereich beschränken sich jedoch auf eine Koordinierungs-, Förderungs- und Unterstützungsfunktion.

Für Osnabrück als Sportregion ist es wichtig, Breiten- wie Spitzensport zu fördern, denn erfolgreicher Spitzensport führt zu mehr Sport in der Breite, aus dem sich bei Talent und Willen, der nächste erfolgreiche Spitzensportler herauschält. Osnabrück bietet dafür sehr gute Voraussetzungen.

Getragen wird dies alles mit Stand vom 05.03.2026 von 299 Sportvereinen (ohne Stadt) mit rund 118.784 Mitgliedern. Diese Breite ist trotz der eventuell dagegen stehenden Demografie zu erhalten. In der Spitze sollte es der Anspruch des Landkreises sein, mit einem Verein in der jeweils höchsten Leistungsklasse vertreten zu sein.

3.3 Kultur

Ein hochwertiges und breites kulturelles Angebot trägt zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft bei und fördert die Lebensqualität. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor für die Regionen und Kommunen des Landkreis Osnabrück. Dabei wird auch von der breiten Verankerung des Ehrenamts profitiert.

Aus diesem Grund wollen wir Museen und die Heimatbünde weiter unterstützen, welche zu einer breitgefächerten Verankerung der Kultur in der Gesellschaft des Landkreises beitragen.

„Museum & Park Kalkriese“, Kreismuseum Bersenbrück, Volkshochschule, Kreismusikschule und „Osnabrücker Landschaft“ sind wichtige Bausteine des kulturellen Lebens – diese Einrichtungen möchte die AfD Osnabrück weiter stärken.

3.4 Tourismus

Die AfD im Landkreis Osnabrück ist sich der Verantwortung für die Arbeitsplätze und die Weiterentwicklung des Tourismus im Landkreis bewusst. Ziel ist es, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Tourismusbranche nachhaltig gestärkt sowie bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Der Tourismus im Landkreis Osnabrück hat sich nach den pandemiebedingten Einbrüchen wieder deutlich erholt. Während im Jahr 2020 noch rund 255.000 Gästeankünfte verzeichnet wurden, stieg diese Zahl bis 2024 wieder auf über 420.000 an und nähert sich damit dem Vorkrisenniveau. Auch die Übernachtungszahlen haben sich mit rund 1,8 Millionen im Jahr 2024 wieder stabilisiert.

Der Landkreis profitiert dabei insbesondere von seiner starken Position im Natur-, Rad- und Wandertourismus. Mit rund 2.800 km Radwegen und etwa 1.000 km Wanderwegen verfügt die Region bereits über eine hervorragende touristische Infrastruktur. Gleichzeitig gewinnen Trends wie Kurzreisen, Camping sowie Gesundheits- und Aktivurlaub zunehmend an Bedeutung.

Die AfD setzt sich daher für eine gezielte Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur ein. Dazu gehören insbesondere die Stärkung der

Kurorte, der Ausbau von Rad- und Wanderwegen, die Erweiterung von Stellplätzen für Wohnmobile sowie die gezielte Förderung touristischer Schwerpunkte wie der Region rund um den Alfsee, das Artland und unsere Burgen und Schlösser im Landkreis Osnabrück.

Unser Ziel ist es, den Landkreis Osnabrück als attraktives Reiseziel weiter zu profilieren und die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre nachhaltig fortzusetzen.

4 Verwalten im LK Osnabrück

Die Verwaltung im Landkreis Osnabrück ist weitestgehend effizient und bürgernah. Wir bedanken uns bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Ihre hervorragende Arbeit zum Wohl der Bürger. Damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch für die Zukunft gesichert ist, legt die AfD besonderen Wert auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung.

4.1 Moderne Verwaltung

Die AfD Osnabrück möchte die Digitalisierung der Verwaltung im Landkreis Osnabrück vorantreiben und flächendeckenden Onlineservices für die Bürgerinnen und Bürger anbieten. Hierzu gehört der direkt Anschluss an das Glasfasernetz, leistungsstarke Computer und Server für die Verwaltung und kontinuierliche Fortbildungen für die Verwaltungsmitarbeiter.

4.2 Finanzen

Die AfD steht für eine solide und generationengerechte Haushaltspolitik. Ziel ist der nachhaltige Erhalt ausgeglichener Haushalte sowie eine schrittweise Begrenzung und Rückführung der öffentlichen Verschuldung.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises darf nicht durch dauerhaft steigende Ausgaben und neue Belastungen für Städte und Gemeinden gefährdet werden. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Kreisumlagen

ist eine konsequente Priorisierung der Ausgaben erforderlich. Pflichtaufgaben müssen Vorrang vor freiwilligen Leistungen haben.

Wir setzen uns daher für mehr Transparenz, eine strikte Ausgabendisziplin und eine regelmäßige Überprüfung aller größeren Investitionsvorhaben auf ihre Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und langfristigen Folgekosten ein. Nachfolgende Generationen dürfen nicht durch kurzfristige politische Entscheidungen übermäßig belastet werden.

4.3 Ansiedlung von Unternehmen

Die AfD Osnabrück möchte Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden.

4.4 Bürokratieabbau

Die beste und zugleich preiswerte Wirtschaftsförderung ist nach Meinung der AfD eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs.

4.5 Kreishaussanierung

Die AfD sieht die geplante Sanierung des Kreishauses kritisch. Notwendige Maßnahmen zur Sicherstellung von Brandschutz, Arbeitssicherheit und Funktionsfähigkeit sind selbstverständlich umzusetzen.

Wir wenden uns jedoch entschieden gegen eine ausufernde Sanierung, die über den notwendigen Standard hinausgeht und den Charakter einer kostenintensiven Aufwertung oder faktischen Luxussanierung annimmt. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltslagen und steigender Kreisumlagen ist es den Bürgern und Kommunen nicht vermittelbar, wenn öffentliche Gebäude mit erheblichen Mehrkosten über das erforderliche Maß hinaus modernisiert werden.

Wir fordern daher eine konsequente Beschränkung auf das Notwendige, eine transparente

Offenlegung aller Kostenbestandteile sowie eine unabhängige Überprüfung der Planungen. Einsparpotenziale sind konsequent zu nutzen. Öffentliche Mittel müssen vorrangig für Pflichtaufgaben und die Entlastung der Städte und Gemeinden eingesetzt werden.

Der Landkreis muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden: Sparsamkeit und wirtschaftliches Handeln dürfen keine leeren Schlagworte sein, sondern müssen gerade bei Großprojekten konsequent umgesetzt werden.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➡ Die Vereinfachung bürokratischer Vorschriften.

5 Infrastruktur im LK Osnabrück

Als Wirtschaftsstandort Region Osnabrück sind leistungsfähige und sichere Verkehrswege sowie eine gute Infrastruktur von großer Bedeutung. Die aktuelle Situation, eine Folge von jahrzehntelangem Altparteien-Missbrauch, ist in vielen Bereichen mehr als unbefriedigend. Ob Verkehrswege (Wasser Straße, Schiene) und Netze (Strom, Internet, Wasser/ Abwasser).

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➡ Wesentliche Erhöhung der Investitionen, um den gewaltigen Rückstau zu beenden.
- ➡ Aus- statt Neubau der bestehenden Netze.
- ➡ Zügiger Lückenschluss der A33-Nord.

5.1 Straßen

Der Verschleiß und die Abnutzung von Straßen, überlastete Umleitungen und Staus im Straßenverkehr führen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten. Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und

verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten müssen für Bürger und Unternehmen endlich berücksichtigt werden. Auch die Straßenbaubeiträge, welche immer noch bei Neubau oder Sanierung der kommunalen Straßen anfallen, stellen Anlieger häufig vor eine finanzielle Belastungsprobe.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➡ Ausschreibungen auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderung auslegen
- ➡ Baustellenfreie Umleitungsstrecken.
- ➡ Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

5.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die AfD Osnabrück wird den Ausbau sogenannter Bürgerbusse vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe. Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

5.3 Schienenwege und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Ein vernünftiges Konzept aus Schienen- und Straßengüterverkehr beinhaltet, dass neue Logistikzentren, Industrie- und Gewerbegebiete vorzugsweise in der Nähe bereits bestehender Schienenanschlüsse und Hauptverkehrswege errichtet werden. So können Belastungen für Bürger minimiert werden.

Im Bereich des SPNV setzt sich die AfD für Aufwertungen und Reaktivierungen der bestehenden Schienenverbindungen ein.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Den Ausbau und die Takterhöhung der Strecken Quakenbrück - Osnabrück, Melle - Osnabrück und des „Haller Willem“.
- ➔ Eine Reaktivierung der Strecke der ehemaligen Teutoburger Wald-Eisenbahn zwischen Ibbenbüren und Gütersloh, da diese im Landkreis Bad Laer und Bad Iburg verbinden.
- ➔ Eine schrittweise Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn.

5.4 Schülerbeförderung

Die AfD setzt sich für die kostenlose Schülerbeförderung bis zum Ende der Schulzeit ein und fordert darüber hinaus die Beschränkung auf den Schulweg aufzuheben. Dies möchte die AfD auch vor dem Hintergrund der Chancengleichheit für Kinder, einer nachhaltigen Umweltpolitik und der Erhöhung der Verkehrssicherheit.

5.5 Breitbandausbau

Die Alternative für Deutschland steht im Landkreis Osnabrück seit Jahren für einen konsequenten Ausbau der digitalen Infrastruktur. Der Landkreis hat hierbei eine aktive Rolle übernommen, um bestehendes Marktversagen in ländlichen Gebieten auszugleichen und auch abseits der wirtschaftlich attraktiven Zentren eine leistungsfähige Versorgung sicherzustellen.

Diese Strategie zeigt Wirkung: Ende 2025 lag die Glasfaserquote im Landkreis bereits bei rund 83 % und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch bestehen weiterhin Versorgungslücken, insbesondere im ländlichen Raum. Aktuell sind noch mehrere tausend Adressen unterversorgt, darunter etwa 4.000 mit weniger als 30 Mbit/s.

Wir unterstützen daher den eingeschlagenen Weg des Landkreises ausdrücklich und setzen

uns dafür ein, den flächendeckenden Ausbau konsequent weiterzuführen. Ziel muss es sein, allen Haushalten und Unternehmen eine leistungsfähige und zukunftssichere Anbindung zu ermöglichen. Der Ausbau der sogenannten „Weißen Flecken“ soll bis 2026 abgeschlossen sein, während die Erschließung der „Grauen Flecken“ bis spätestens 2029 erfolgen soll.

Langfristig streben wir eine flächendeckende Versorgung mit Gigabit-Geschwindigkeiten an. Dabei ist sicherzustellen, dass die technische Entwicklung regelmäßig berücksichtigt wird und auch abgelegene Regionen nicht dauerhaft zurückfallen. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist heute eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, gleichwertige Lebensverhältnisse und die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums.

5.6 Mobilfunkversorgung

Die Alternative für Deutschland setzt sich im Landkreis Osnabrück für eine flächendeckend leistungsfähige Mobilfunkversorgung ein. Anders als beim Breitbandausbau liegt die Hauptverantwortung hierfür jedoch bei den privaten Mobilfunkanbietern sowie der Bundesnetzagentur. Der Landkreis kann den Ausbau lediglich unterstützend begleiten.

Die aktuelle Versorgungssituation zeigt ein gemischtes Bild: Während die Netzabdeckung im 4G-Bereich bei den großen Anbietern bereits über 90 % liegt, bestehen insbesondere im 5G-Bereich sowie in ländlichen Regionen weiterhin deutliche Versorgungslücken. Zudem sind im Kreisgebiet weiterhin sogenannte „weiße Flecken“ bekannt, also Bereiche ohne ausreichende Mobilfunkversorgung, vor allem in abgelegenen Ortsteilen.

Wir setzen uns daher dafür ein, den Mobilfunkausbau konsequent zu beschleunigen und bestehende Funklücken schnellstmöglich zu schließen.

Dazu gehört insbesondere eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Netzbetreibern und Aufsichtsbehörden sowie eine vereinfachte und beschleunigte Genehmigung neuer Mobilfunkstandorte.

Ziel muss es sein, eine zuverlässige und leistungsfähige Mobilfunkversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen sicherzustellen – auch im ländlichen Raum. Die geplanten bundesweiten Versorgungsaufgaben von bis zu 99,5 % der Fläche bis 2030 sind dabei ein wichtiger Schritt, müssen jedoch konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.

Eine moderne Mobilfunkinfrastruktur ist heute unverzichtbar – nicht nur für wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für Sicherheit, Rettungsdienste und die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

6 Schöpfung bewahren im

LK Osnabrück

Die AfD Osnabrück steht dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Naturschutz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Es muss in der Region Osnabrück Gebiete geben, in denen die Natur sich selbst überlassen bleibt. Diese nutzungsfreien Zonen sichern das Überleben von vielen seltenen Pflanzen und Tierarten.

6.1 Umwelt-, Klima-, Wasserschutz

Die AfD Osnabrück steht für Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes so Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten,

dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen.

6.2 Energie

Die AfD Osnabrück lehnt den Neubau Stromtrassen und die Alternative der Erdleitungen insbesondere in der Nähe von Wohnsiedlungen im Landkreis ab. Wir setzen uns hingegen für den Ausbau der bestehenden Trassen ein.

Den weiteren Ausbau der Windenergie in der Region Osnabrück lehnen wir ebenfalls ab. Diese bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortauswahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.

6.3 Landwirtschaft

Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihren Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Höfe zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren.

Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie bürokratische Überreglementierungen des Bundes und des Landes wollen wir beenden. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden und sein Ansehen in der Öffentlichkeit wieder an seinen gebührenden Platz gerückt werden.

6.4 Natur- und Landschaftsschutz

Die AfD im Landkreis Osnabrück steht dafür ein, den Schutz der einzigartigen Natur- und Landschaftsräume im Landkreis auch künftig zu gewährleisten und verantwortungsvoll weiterzuentwickeln.

Gemessen an der Gesamtfläche des Landkreises Osnabrück nimmt der Wald einen bedeutenden Anteil ein: Mit rund 41.489 Hektar entspricht die Waldfläche etwa 19,6 % des Kreisgebiets. Diese Flächen sind nicht nur wertvolle Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Natur-, Landschafts- und Bodenschutz sowie zur Naherholung.

lauf muss durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird. Daher wollen wir die kommunalen und dezentralen Wasserversorgungsbetriebe unterstützen, sowie deren Wir setzen uns dafür ein, die natürlichen Lebensräume gezielt zu stärken und besser miteinander zu vernetzen. Dazu gehören insbesondere der Erhalt und die Renaturierung von Mooren und Moorlandschaften als bedeutende CO₂-Speicher sowie die Förderung einer Biotopvernetzung, um die Artenvielfalt langfristig zu sichern.

Ein konkreter Beitrag zum Artenschutz ist für uns die verstärkte Anlage von Blühstreifen entlang von Kreisstraßen und begleitenden Grünflächen. Diese sollen gezielt zur Förderung von Insekten und zur ökologischen Aufwertung des Landschaftsbildes genutzt werden. Gleichzeitig ist bei allen weiteren Planungen die besondere Schutzbedürftigkeit sensibler Naturräume zu berücksichtigen.

In Gebieten von herausragender ökologischer Bedeutung, insbesondere entlang von Zugrouten geschützter Vogelarten im Rahmen von Natura-2000-Gebieten, ist der Ausbau von Infrastrukturprojekten sorgfältig zu prüfen und auf ein natur-

verträgliches Maß zu begrenzen. Einen weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien in diesen Gebieten lehnen wir ab.

Naturschutz darf nicht gegen die Interessen der Menschen vor Ort ausgespielt werden. Wir stehen für einen ausgewogenen Ansatz, der ökologische Verantwortung, land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie die Entwicklung unserer Region miteinander in Einklang bringt. Ziel ist es, die natürlichen Grundlagen unseres Landkreises dauerhaft zu sichern und gleichzeitig lebenswerte Perspektiven für kommende Generationen zu schaffen.

6.5 Verbraucherschutz

Die AfD steht für den umfassenden Schutz der Bevölkerung ein. Wir fordern, die Wasseraufbereitung zu modernisieren und stetig zu verbessern. Die Einleitung von Schadstoffen in den Wasserkreislauf muss durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird. Daher wollen wir die kommunalen und dezentralen Wasserversorgungsbetriebe unterstützen. Privatisierungen und daraus folgende Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab.

Auch Einsatz von Antibiotika ist in Anbetracht der Ausbreitung multiresistenter Keime möglichst gering zu halten. Die Tierhalter sind dafür verantwortlich, dass tierische Produkte frei von unzulässigen Medikamentenrückständen sind. Dies ist stichprobenartig zu überprüfen.

6.6 Abfallentsorgung

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises sollen auf eine zuverlässige Müllabfuhr vertrauen können. Deshalb gründete der Landkreis die AWIGO als landkreiseigene Abfallgesellschaft, in Kooperation mit der privaten Wirtschaft. Anders als die öffentliche Hand, arbeitet die private Wirtschaft grundsätzlich gewinnorientiert. Daher lehnt die AfD Osnabrück das heutige Modell zu Lasten der Einwohner ab. Zur

Kostenreduzierung und Preisstabilität fordern wir für unsere Wählerinnen und Wähler eine vollständige Rückführung des Abfallwirtschaftsbetriebes in die öffentliche Hand. Darunter fallen insbesondere die Tochterunternehmen AWIGO Recycling GmbH, AWIGO Logistik GmbH sowie REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG.

7 Kooperieren mit dem LK Osnabrück

Der Landkreis Osnabrück unterhält das landkreiseigene Unternehmen BEVOS. Aufgabe der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück (BEVOS GmbH) ist unter anderem die Gründung, der Erwerb und die Verwaltung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen sowie deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung. Außerdem die Durchführung des Rechnungswesens sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte für verbundene Unternehmen, Beteiligungen und sonstige Dritte und die Durchführung des Beteiligungsmanagements für den Landkreis Osnabrück sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte.

Die AfD im Landkreis Osnabrück sieht die dauerhafte finanzielle Beteiligung kommunaler Träger am Flughafen Münster/Osnabrück kritisch. Angesichts der angespannten Haushaltslage und steigender Belastungen für Städte und Gemeinden

müssen kommunale Beteiligungen regelmäßig auf ihre Wirtschaftlichkeit und langfristigen Risiken überprüft werden.

Der FMO steht als Regionalflughafen weiterhin unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Trotz zuletzt stabiler Passagierzahlen bleibt die langfristige finanzielle Tragfähigkeit vieler kleinerer Regionalflughäfen unsicher. Auch die europäische Diskussion über staatliche Betriebsbeihilfen zeigt, dass dauerhafte Subventionierungen keine nachhaltige Lösung darstellen.

Die AfD setzt sich daher dafür ein, die Beteiligung der BEVOS am Flughafen kritisch zu überprüfen und Haftungsrisiken für die Steuerzahler zu begrenzen. Dabei sind sowohl die wirtschaftlichen Interessen der Region als auch die finanzielle Belastbarkeit der kommunalen Haushalte sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Die AfD Osnabrück fordert, dass Kerngeschäft auf die sichere und zuverlässige Energieversorgung zu fokussieren. Hierzu soll ENERGOS auch Energien aus fossilen Energieträgern vermarkten, dennoch die dezentrale Versorgung beachten und ausbauen. Bei der Entwicklung von Netzen und Verteilsystemen sollen vornehmlich bestehende Netze zunächst ausgebaut werden. Betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind einzubeziehen und umfänglich zu informieren.

AM 13.09. AfD WÄHLEN!



Herausgeber:

AfD Kreisverband Osnabrück, Marcel Queckemeyer
Osnabrücker Straße 25, 49584 Fürstenau

www.afdosnabrueck.de

Weitere Informationen
finden Sie online über den
angegebenen QR-Code.

